Nummer 66 — 29. Jahrgang

erscheint täglich mit Ausn. Sonntags Beilagen „Heimat und Welt" und der Kinderbeilage „Frohmut", sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt" „Unterhaltung und Wissen", „Die Welt der Frau", „Katholischer Ratgeber", „Das gute Buch", „Illustrierte Schau". Monatlicher Bezugspreis 3 Mk. einschl. Bestellgeld, Einzelnummer 10 ₰. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰.
Hauptschriftleiter: Dr. G. Debeyki, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Mittwoch, den 19. März 1930

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰, Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitmillimeterzeile, 9 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitmillimeterzeile 1.50 ℳ, Vorzugsp. 50 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz.
Geschäftlicher Teil: Franz Bungarz, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Pollerstraße 17. Fernruf 21012. Postscheckkonto Dresden 4001. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 4171.

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pollerstraße 17. Fernruf 20711 und 21012.

Der Handelsvertrag mit Polen fertig

Unterzeichnung des Vertragsentwurfs in Warschau — Bildung einer deutsch-polnischen Handelskammer

Zaleski ist zufrieden

Warschau, 18. März.

Das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen ist gestern um 18.30 Uhr in den Räumen des polnischen Ministerpräsidium vom deutschen Bevollmächtigten, Gesandten Rauscher, und dem polnischen Bevollmächtigten, Minister Twardowski, unterzeichnet worden. — Nach der Unterzeichnung wurden die beiden Bevollmächtigten vom polnischen Ministerpräsidenten Bartel in Audienz empfangen, der ihnen seine Befriedigung über den Abschluß aussprach.

Außenminister Zaleski gab in einem Interview, das er „Kurjer Polski" gewährte, seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Handelsvertrages noch vor der Annahme der Demission der Regierung durch den Ministerpräsidenten erfolgt sei. Auf diese Weise habe er noch vor seinem Rücktritt an einer wichtigen Handlung teilnehmen können, die zur deutsch-polnischen Entspannung beitragen müßte.

Der Minister stellte im weiteren Verlauf der Unterredung fest, daß sich in dem vorliegenden Vertrage beide Staaten gleichwertige Zugeständnisse gemacht hätten. Nur ein solcher Vertrag sei real, der die Probe der Zeit bestehen könne. Wenn ein Vertrag einen Partner allzusehr bevorzuge, so werde er vor kurzer Lebensdauer sein, da ihn die benachteiligte Seite bei nächster Gelegenheit aufkündige.

Die zu überwindenden Schwierigkeiten seien ungeheuer gewesen. Man hätte die Interessen der Industrie und der Landwirtschaft in beiden Ländern miteinander in Einklang bringen müssen. Der Minister betont, daß man hier seiner Auffassung nach eine gerechte Lösung dieses verwickelten Problems gefunden habe.

Breslau, 18. März.

Nachdem der Handelsvertrag mit Polen zum Abschluß gekommen ist, hat der im Mai 1927 gegründete deutsch-polnische Wirtschaftsbund mit dem Sitz in Breslau nach Fühlungnahme mit den maßgebenden Wirtschaftsvertretungen seine Umwandlung in eine deutsch-polnische Handelskammer vollzogen. Die handelsgerichtliche Eintragung ist bereits erfolgt.

Und das Liquidationsabkommen?

Berlin, 18. März. (W. T. B.)

Der Reichspräsident nahm gestern den Vortrag des Reichskanzlers Hermann Müller und des Reichsjustizministers von Guerard über die mit dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen im Zusammenhang stehenden Rechtsfragen entgegen. An der Besprechung nahmen ferner teil die Staatssekretäre Dr. Joel, Zweigert und Dr. Meißner, sowie der Direktor der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Gaus.

Eine Entscheidung über die Verkündung des Gesetzes hat der Reichspräsident noch nicht getroffen. Es ist zu erwarten, daß diese Entscheidung im Laufe des heutigen Tages fällt.

Das Nein der Volkspartei

Zunächst soll es mit der Kandidatur Schieck versucht werden

Und dann?

Dresden, 18. März.

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat an die sozialdemokratische Landtagsfraktion zu Händen des Abg. Böchel gestern folgendes Schreiben gerichtet:

„Auf die Anfrage, welche Sie zusammen mit dem Landesarbeitsausschuß der SPD. unter dem 7. 3. 1930 an den Landesvorstand der Deutschen Volkspartei gerichtet haben, und die dieser uns zur Beantwortung übergeben hat, beehren wir uns folgendes zu antworten:

Nach Beratung mit unserem Landesvorstand und unserem Landesvertretertag, den beiden die Zuschrift vorgelegen hat, gestatten wir uns mitzuteilen, **daß im Hinblick auf die gegenwärtige Gesamtlage und nachdem wir uns auf die Anfrage der Wirtschaftspartei bereit erklärt haben, in Verhandlung über die von ihr vorgeschlagene Kandidatur Schieck einzutreten, und mit Rücksicht darauf, daß Ihre Anfrage vom 7. 3. 1930 an diese Partei nicht mitgerichtet worden ist, wir uns von den angeregten Verhandlungen kein Ergebnis zu versprechen vermögen.** Wir dürfen Ihnen überlassen, den Landesarbeitsausschuß der SPD. Sachsen von unserer Antwort in Kenntnis zu setzen."

*

Eine andere Stellungnahme der Deutschen Volkspartei war nach Lage der Dinge nicht zu erwarten. Nachdem die Volkspartei grundsätzlich einmal zugestimmt hatte, den Versuch mit der Kandidatur Schieck zu machen, konnte sie nicht gleichzeitig Verhandlungen über die Große Koalition führen. Es soll zunächst der Versuch mit der Kandidatur Schieck zu Ende geführt werden. Daß diese Kandidatur rein zahlenmäßig nur dann zu einem Erfolge führen kann, wenn sich die Demokraten trotz ihrer Absage der Stimme enthalten und gleichzeitig neben allen Abgeordneten der Rechtsparteien ein Altsozialist für Schieck stimmt, das haben wir unseren Lesern an dieser Stelle oft genug vorgerechnet. Die Aussichten für einen Erfolg der Kandidatur Schieck sind nach wie vor gering. Die entscheidende Frage ist jetzt die, was geschehen soll, wenn für Schieck keine Mehrheit im Landtage zu erreichen ist.

Der Brief der Volkspartei, der scheinbar nicht ohne Absicht in einem geradezu grotesken Kurialstil abgefaßt ist, gibt auf diese Frage keine klare Antwort. Drei Gründe für die Ablehnung gibt der Brief an: die Zusage zur Kandidatur Schieck, das Fehlen einer Einladung an die Wirtschaftspartei und die gesamtpolitische Lage. Die geringste Bedeutung von diesen drei Gründen hat gegenwärtig der letzte: die gesamtpolitische Lage. Denn in Berlin sehen heute die Dinge doch wesentlich anders aus als in den letzten Wochen. Vor Annahme des Youngplans schien die Volkspartei schon mit einem Fuße außerhalb der Koalition zu stehen. Jetzt aber mehren sich die Anzeichen, daß die Große Koalition im Reiche sich wieder festigt und die Feuerprobe der Steuerberatungen übersteht. Der Einwand der gesamtpolitischen Lage ist also wohl nur so zu verstehen, daß die Deutsche Volkspartei Sachsens abzuwarten wünscht, in welcher Weise sich die Dinge im Reiche klären. Diese Klärung ist ja spätestens Anfang April in ausreichender Weise zu erwarten.

Angenommen also, die Große Koalition im Reiche erfährt entgegen den Erwartungen der letzten Wochen eine Festigung, dann ließen sich unüberwindliche Bedenken gegen Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition auch in Sachsen aus der gesamtpolitischen Lage nicht mehr herleiten. Ein Scheitern der Kandidatur Schieck im Landtage würde den zweiten Einwand der Deutschen Volkspartei gegenstandslos machen. Es läge dann an der Sozialdemokratie, den dritten Einwand zu beseitigen, indem sie nach einem Scheitern der Kandidatur Schieck eine neue Einladung ergehen ließe, die sich dann auch an die Wirtschaftspartei richten würde. Wir glauben, daß dann auch in der Wirtschaftspartei eine Mehrheit dafür zu haben wäre, sich zunächst einmal mit der SPD. an den Verhandlungstisch zu setzen. Die Frage ist nur, ob nicht die Absage der Deutschen Volkspartei innerhalb der Sozialdemokratie den Feinden der Koalition Oberwasser verschafft. Fänden sich die Sozialdemokraten zu einem zweiten Angebot nicht bereit, dann könnten die Demokraten die Initiative ergreifen.

Wir glauben also nicht, daß mit der Absage der Volkspartei alle Möglichkeiten, um innerhalb des jetzigen Landtags zu einer Einigung zu kommen, erschöpft sind. Eine Landtagsauflösung muß nach wie vor von jedem, der eine parlamentarisch fundierte, verantwortungsbewußte Mehrheitsregierung in Sachsen wünscht, als höchst bedenkliches Aushunftsmittel bezeichnet werden.

Eine neue Aera

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

E. B. Nach eingehender und gewissenhafter Prüfung hat der Reichstag in der vergangenen Woche die Younggesetze mit großer Mehrheit angenommen, und der Reichspräsident hat sie durch seine Unterschrift umgehend in Kraft gesetzt. Wir wollen über einige Schönheitsfehler bei der Abstimmung nicht mehr streiten. Was die Stellungnahme zum Vertragswerk selbst angeht, so erscheint es uns gerecht und billig, daß wir angesichts der Schwere der Entscheidung, die getroffen werden mußte, auch denen, die sich zu einem „Nein" entschlossen haben, die gleiche bona fides zuerkennen, wie wir sie bei denen für ganz selbstverständlich halten, die ihr „Ja" gesprochen haben, weil sie es für richtig und, wie auch wir, aus wirtschaftlichen und politischen Gründen für notwendig und unumgänglich hielten. Mit der Erledigung des Young-Planes ist nunmehr der parlamentarische Kampf um diesen Abschnitt der deutschen Politik beendet, und wir haben jetzt nur den einen Wunsch und die eine Hoffnung, daß damit auch der Kampf im deutschen Volke selbst beendet sei. Dieser Kampf ist von den Gegnern des Young-Planes mit einer solchen Flut von Erbitterung und Haß und unter Anwendung solcher Mittel geführt worden, daß das Ergebnis die vollständige Zerreißung des deutschen Volkes war. Allen, die es angeht, kann deshalb nicht laut und eindringlich genug die Mahnung wiederholt werden, die der Reichspräsident von Hindenburg in seinem von höchster Verantwortung getragenen Aufruf an das deutsche Volk gerichtet hat, sich nunmehr wieder zusammenzufinden und sich endlich zusammenzuschließen zu den gemeinsamen schweren Aufgaben, die wir jetzt gerade zu erfüllen haben werden. Unser Blick muß in die Zukunft gerichtet sein.

Die Tatsache, daß die Younggesetze nunmehr angenommen sind und der neue Zahlungsplan beginnt, wird niemanden darüber hinwegtäuschen, daß noch sehr viel zu tun übrig bleibt. Ja, wir möchten meinen, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, wo wir unsere Aktivität verstärken und wo wir ganz ernsthaft mit uns zu Rate gehen müssen über alle Wege, die wir künftig gehen wollen. Die Ingangsetzung des Young-Planes ist eine wichtige und bedeutende Einschnittsstelle in der deutschen Politik. Das große Opfer, das zu tragen wir uns durch unsere Unterschrift verpflichtet haben, würde nutzlos sein, wenn wir nicht entschlossen wären, eine neue Aera in unserem politischen Handeln einzuleiten, und wenn wir nicht entschlossen wären, mutig Methoden zu revidieren, die uns schaden, und Methoden anzuwenden, die uns nutzen. Das bezieht sich ebensowohl auf die Außen- wie auf die Innenpolitik. Wir haben einmal dem Satz gehuldigt: den Primat hat die Außenpolitik. Wir müssen uns heute ein wenig korrigieren. Außen- und Innenpolitik korrespondieren miteinander. Eine gute Innenpolitik liefert die besten Waffen für eine starke Außenpolitik — hätte beispielsweise Deutschland zeitig genug aus eigener Kraft seine Finanzen in Ordnung gebracht, auch unter Anwendung drakonischer Maßnahmen: es hätte einen stärkeren Einfluß in den Verhandlungen um einen neuen Zahlungsplan besessen. Wir haben jetzt den Young-Plan. Das bedeutet trotz der gegenwärtigen finanziellen Erleichterungen die Uebernahme von schweren und großen Opfern. Es ist kein Zweifel, daß Deutschland alles daran setzen wird, die von ihm übernommene Verpflichtung vertragstreu auszuführen. Aber niemals werden wir uns das Recht nehmen lassen, immer wieder zu betonen, daß dieser Wille an den wirtschaftlichen Möglichkeiten seine Grenze hat (sogar die Sachverständigen haben bezeichnenderweise über die Ausführbarkeit sehr zurückhaltend geurteilt; haben sie doch ausdrücklich auf die politischen Motive des Vertrages hingewiesen) und daß, wie Dr. Brüning in seiner Reichstagsrede zur dritten Lesung richtig sagte, das moralische Problem nicht bei denen liegt, die den Young-Plan angenommen haben, sondern bei der Gegenseite, die ihn erzwungen hat. Das ist die eine Frage: Wird man dem deutschen Handel und der deutschen Wirtschaft die Freiheit der Entfaltung geben, die sie unter dem Regime des Young-Planes vor allen Dingen brauchen? Und daran knüpft sich gleich die zweite Frage: Wird man uns, nachdem sich Deutschland zur Abtragung der ihm infolge des verlorenen Krieges auferlegten Lasten verpflichtet hat, nun endlich auch offiziell von dem ungerechtesten Vorwurf, den man einem Volke je zugesonnen hat, und dem moralischen Makel der Alleinschuld befreien, mit denen uns die ehemaligen Gegner zwangsweise belastet haben, weil wir wehrlos waren? Der Young-Plan ist angenommen. Wir beugen uns. Aber seine Ingangsetzung kann kein Endresultat der deutschen Außenpolitik sein. Sie kann nur eine Etappe sein auf Deutschlands dornigem Wege zur vollkommenen